



1

2

– 16.11.2020 –

3

„Corona und der Globale Süden. Neue Antworten“

4

5 Die Corona-Pandemie ist eine der größten Herausforderung unserer Zeit, denn es ist zu befürchten,
6 dass sie unsagbares Leid in den Ländern verursachen wird, in denen keine wirksame staatliche oder
7 gesellschaftliche Reaktion möglich ist. Ohne internationale Koordination können weitreichende
8 wirtschaftliche und soziale Folgen nicht vermieden werden: Verteilungskämpfe werden sich weiter
9 verschärfen und die Armut vielerorts wieder zunehmen. Vor allem Menschen in Ländern des
10 Globalen Südens – mit kaum vorhandener sozialer Absicherung – sind davon betroffen. Die globale
11 soziale Spaltung wird weiter zunehmen.

12 Das macht internationale Solidarität in der Krisenbewältigung umso wichtiger. Regierungen erkennen
13 die transnationale Dimension der Krise und ihre langfristigen Folgen, dem müssen nun umfangreiche
14 und nachhaltige Maßnahmenpakete folgen, die ein wirksames globales Konjunkturprogramm
15 ermöglichen.

16 Die gerechte Teilhabe an einem menschenwürdigen Leben soll im Mittelpunkt stehen. Wir wissen,
17 dass die Pandemie mit ihren Folgen neue Investitionen erfordert, sie erfordert aber auch ein
18 Umlenken von Investitionen in nachhaltige und vorsorgende Systeme. So kann die Grundlage einer
19 durchgreifenden sozialökologischen Transformation geschaffen werden, die zum Gestaltungsauftrag
20 sozialdemokratischer Politik gehört.

21 Für eine wirksame Antwort auf die durch die Corona-Pandemie sichtbar gewordenen epochalen
22 Brüche braucht es mehr Mut und mehr Solidarität, denn die multiplen Krisen und das daraus
23 wachsende Unsicherheitsempfinden erfordert dringend eine breitere gesellschaftliche Orientierung.
24 So kann die Sozialdemokratie wieder zum politischen Kompass für soziale Gerechtigkeit und
25 Demokratie werden und im positiven Sinne identitätsstiftend wirken.

26 Es muss sichergestellt werden, dass unsere Lösungsansätze Gesellschaften in Zukunft stärker machen
27 und nicht schwächen. Kurzfristig sind cash transfers notwendig, um die Zahlungskapazität von
28 Mitteleinkommens- und Schwellenländern in Corona-Zeiten aufrechtzuerhalten und um
29 Sozialsysteme aufzubauen. Staatliche Handlungsfähigkeit gilt es herzustellen, um
30 Destabilisierungsprozesse in den betroffenen Staaten zu verhindern. Doch es ist notwendig, weiter zu
31 denken und jetzt neue Ansätze zu wählen und neue Strategien zu verfolgen, um Perspektiven auf
32 dauerhafte Verbesserungen zu schaffen. Langfristig sollte der entwicklungspolitische Fokus auf
33 Bildung und Forschung liegen, denn das sind die Motoren einer sozial-ökologischen Transformation
34 und sozialpolitischer Innovationen. Ein dauerhafter Erfolg lässt sich insbesondere durch die Schaffung
35 von Arbeitsplätzen erzielen – und dafür braucht es einen Ausbau des Bildungsangebots für die
36 ärmere Bevölkerung in den Städten wie auch in den abgelegenen Regionen, mit einem besonderen
37 Fokus auf Förderung von Frauen und Mädchen.

38 Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind zentrale Säulen der Entwicklungsfinanzierung
39 zusammengebrochen und Finanzströme ausgetrocknet. Kurzfristig ist es wichtig, Liquidität ohne
40 Konditionen und Transaktionskosten zu schaffen und Finanzierungskosten zu senken. Mittel- und
41 langfristig brauchen wir ein Wiederaufbaupaket für die Nord-Süd-Beziehungen nach dem Vorbild des
42 EU Recovery Fund. Eine teilweise Vergemeinschaftung der Schulden kann eine Lösung sein. Zudem
43 sollten Ländern des Globalen Südens Schulden erlassen werden.



44 Größere Beträge werden zurzeit in Form von Krediten bereitgestellt. Diese werden die langfristige
45 Schuldenlast allerdings weiter erhöhen. Die beschlossene Vereinbarung aller G20-Länder und einiger
46 kommerzieller Kreditgeber über ein Schuldenmoratorium bis Ende 2020 sowie die sofortige
47 Schuldendiensterleichterung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für seine 25 ärmsten
48 Mitglieder ist ein willkommener Schritt. Wobei die Finanzierungsstruktur der IWF-
49 Entschuldungsinitiative, die zu einer Umwidmung ohnehin knapper Hilfgelder von Gebern führt,
50 problematisch. Ein Moratorium verschiebt den Umgang mit der Schuldenlast jedoch weiter in die
51 Zukunft. Der langfristige Nutzen wäre damit nicht gegeben, denn ein Moratorium würde nicht dazu
52 beitragen, dass Schulden abbezahlt werden können: Die ärmsten Länder waren vor der COVID-19-
53 Krise schon hoch verschuldet und müssen nun mit einem Einbruch bei Steuereinnahmen rechnen.
54 Der IWF sollte zwischen offiziellen und privaten Gläubigern eine gemeinsame Verständigung über
55 substanzielle Schuldenerlasse herbeiführen.

56 Investitionen in soziale Gerechtigkeit im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsagenda – der Richtschnur
57 sozialdemokratischer Entwicklungspolitik – erfordert den Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel. Es
58 ist erwiesen: Das *leave no one behind*-Kernprinzip der Agenda 2030 lässt sich nur umsetzen, wenn
59 Umweltinvestitionen und Sozialinvestitionen solidarisch finanziert werden. Zum Schutz globaler
60 Güter darf es keine Rolle spielen, ob die SDGs marktfähig und privatwirtschaftlich rentabel sind. Wer
61 die richtige Art von Infrastruktur haben möchte, darf bei der Finanzierung nicht neue Anlageklassen
62 für Finanzinvestoren schaffen – es also nicht dem freien Markt überlassen.

63 Staaten und ihre Regierungen sind explizit verantwortlich für die Verwirklichung des Rechts auf
64 Gesundheit und für den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Dafür muss die öffentliche Vorsorge
65 ausgebaut werden und der Staat eine führende Rolle bei der Stärkung und Anpassung der
66 Gesundheitssysteme einnehmen.

67 Die Corona-Pandemie legt nicht nur die unzureichend ausgestatteten öffentlichen
68 Gesundheitssysteme der Länder des Globalen Südens offen, sondern macht deutlich, dass die „front-
69 line-worker“ in diesen Systemen, die in der Aufklärung der Bevölkerung und der Identifizierung von
70 Erkrankten tätig sind und Infizierten in Quarantäne beispielsweise beistehen, nur mangelhaft
71 unterstützt werden. Wichtig sind Programme und Akteure, die diese Gesundheitsarbeit an der Basis
72 langfristig fördern.

73 So können Menschen des Globalen Südens zu Akteuren in ihrem eigenen Kontext werden. Dafür
74 muss aber der Dialog mit ihnen gesucht werden. Die Kooperation sollte nicht im Denken der
75 deutschen Bevormundung bzw. im Sinne einer westlichen „one-fits-them-all“-Lösung erfolgen.
76 Stattdessen sollten regionale Lösungen und Krisenkooperationen sowie Unterstützungsmaßnahmen
77 zwischen Staaten gefördert werden. Es kommt darauf an, spezifische Lösungen und zielgenaue
78 Maßnahmen zu entwickeln.

79

80 **Deshalb empfehlen wir folgende konkreten Handlungsschritte:**

- 81
- 82 ■ **Einsatz für eine Aufstockung des Entwicklungshilfebudgets.** Es ist noch nicht abzusehen, wie
83 tief und langwierig die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Krise sein werden.
84 Aber kurzfristig ist eine Erhöhung der Entwicklungshilfebudgets sinnvoll und umsetzbar.
85 Dafür kann der von der Weltbank eingebrachte Vorschlag einer vereinfachten
86 Kreditaufnahme für einkommensschwache Länder (Global Vulnerability Fund) wieder
87 aufgegriffen werden, um eine zuverlässige öffentliche Finanzierung für Kernfunktionen der
VN sicherzustellen.
 - 88 ■ **Entwicklung flexibler Instrumente für den Einsatz in der Entwicklungszusammenarbeit.** Bei
89 der Umsetzung sollte so viel wie möglich an lokale Kräfte delegiert werden. Nicht zuletzt



- 90 müssen andere Modalitäten der Zusammenarbeit gefunden werden, die über finanzielle
91 Transfers hinausgehen, wie Wissensaustausch und Peer-Learning. Insbesondere bei
92 Naturkatastrophen, Bürgerkriegen sowie in Ländern, bei denen sich aus politischen Gründen
93 eine staatliche Zusammenarbeit nicht anbietet, sollte der Einsatz von
94 Nichtregierungsorganisationen mit entsprechenden Mitteln unterstützt werden.
- 95 ▪ **Stärkung der sozialen Sicherungssysteme im Globalen Süden.** Universelle soziale
96 Basisschutzsysteme sind die beste Versicherung gegen Armut, denn sie vermindern
97 Armutsrisiken, Ungleichheit und soziale Exklusion. Um soziale Sicherungssysteme
98 aufzubauen, müssen Ressourcen langfristig bereitgestellt werden. Dafür sollte ein globaler
99 Fonds eingerichtet werden, der den Aufbau von Sicherungssystemen nachhaltig unterstützt.
- 100 ▪ **Maßnahmen zum Umgang mit nicht-tragfähigen Schulden.** Es sollen eine Neubewertung der
101 Schuldentragfähigkeit betroffener Länder vorgenommen werden und falls nötig umfassende
102 Schuldentreibungen erfolgen. Es sollte die Prüfung eines globales
103 Staateninsolvenzverfahren unter dem Dach der VN oder des IWF vorgenommen werden, das
104 Schuldenerlassoptionen für besonders gefährdete Ländergruppen formuliert und umsetzt –
105 zum Beispiel für jene, die besonders von COVID-19 oder dem Klimawandel betroffen sind.
- 106 ▪ **Eine kohärente, gesundheitsfördernde Politik in allen Bereichen (*health in all-Ansatz*):** Das
107 Konzept der Globalen Gesundheit muss auf einem menschenrechtsbasierten und
108 umfassenden Ansatz fußen, der die Förderung der Gesundheit für alle Menschen weltweit
109 und die Erreichung von sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Unter folgenden
110 Leitprinzipien: Prävention, Partnerschaftlichkeit, Politikkohärenz sowie die Einbeziehung der
111 Zivilgesellschaft.
- 112 ▪ **Sicherstellung der Verteilungsgerechtigkeit beim Zugang zu Impfstoffen.** Dafür sollte auch
113 ein Pool von Patenten in die öffentliche Hand überführt werden.
- 114 ▪ **Unterstützung des Globalen Aktionsplans für ein gesundes Leben und das Wohlergehen**
115 **aller Menschen** – eines der 17 Nachhaltigkeitsziele in der Agenda 2030 der Vereinten
116 Nationen.
- 117 ▪ **Stärkung der Weltgesundheitsorganisation (WHO).** Die jüngste Pandemie hat es noch
118 einmal deutlich gemacht: Es braucht eine starke und unabhängige internationale Autorität in
119 Gesundheitsfragen. Die Finanzierung der WHO muss so gestaltet werden, dass die
120 Organisation unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen agieren kann.
- 121 ▪ **Durchsetzung eines Lieferkettengesetzes auf internationaler Ebene.** Ein deutsches
122 Lieferkettengesetz ist, ein europäisches Lieferkettengesetz sollte die nächste Etappe sein, ein
123 internationales Lieferkettengesetz das Ziel. Dabei gilt es heute schon darauf zu achten, dass
124 eine Kürzung einer Lieferkette nicht zu Lasten der weniger entwickelten Länder geht.